



Stadt Ingolstadt Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung

Sitzungsort: Neues Rathaus, Großer Sitzungssaal, II. OG		Sitzung-Nr.: KBA/03/2025
Sitzungsdatum: Dienstag, 08.07.2025	Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr	Sitzungsende: 17:22 Uhr

Teilnehmerverzeichnis

Vorsitz
Bürgermeisterin Dr. Dorothea Deneke-Stoll
Ausschussmitglieder
Herr Stadtrat Dr. Matthias Schickel
Herr Stadtrat Hans Achhammer
Frau Stadträtin Brigitte Mader
Frau Stadträtin Petra Volkwein
Herr Stadtrat Dr. Manfred Schuhmann
Frau Stadträtin Agnes Krumwiede
Frau Stadträtin Barbara Leininger
Herr Stadtrat Raimund Reibenspieß
Herr Stadtrat Oskar Lipp
Herr Stadtrat Fred Over
Frau Stadträtin Veronika Hagn
Herr Stadtrat Jürgen Köhler

Tagesordnung:

Eingangs der Sitzung findet die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung darüber statt, welche Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung zugewiesen werden.

Öffentliche Sitzung	3
1 . Aktuelle Information zum Kulturgesehen	3
2 . Sachstandsbericht zu Schulbaumaßnahmen	3
3 . Bedarfsplanung für die ganztägige Förderung von Kindern im Grundschulalter in Ingolstadt gem. § 80 SGB VIII (Referent: Herr Grandmontagne)	
Vorlage: V0329/25	4
4 . Mittagsverpflegung in städtischen Kindertageseinrichtungen und Schulen in städtischer Sachaufwandsträgerschaft – Ergebnisse der Machbarkeitsstudie (Referent: Herr Grandmontagne)	
Vorlage: V0359/25	5
5 . Erweiterung der Grundschule Ringsee, Geisenfelder Straße 48, 85053 Ingolstadt - Projektgenehmigung (Referenten: Herr Hoffmann, Herr Grandmontagne)	
Vorlage: V0389/25	6
6 . Rückbau der bestehenden Emmi-Böck-Schule, Auf der Schanz 41 und Neubau der Beruflichen Oberschule (FOS/BOS) - 1. Ergänzende Projektgenehmigung (Referenten: Herr Hoffmann, Herr Grandmontagne)	
Vorlage: V0398/25	11
7 . Sanierung und Erweiterung der bestehenden Filialschule Hundszell in der Kirchstraße 36 in Ingolstadt - Hundszell 1. erg. Projektgenehmigung (Referenten: Herr Hoffmann, Herr Grandmontagne)	
Vorlage: V0395/25	12
8 . Haushaltskonsolidierung freiwilliger Aufgaben; hier: Änderung der Geschäftsordnung für den Kulturbeirat der Stadt Ingolstadt Änderung der Richtlinien über die Verleihung von Preisen der Stadt Ingolstadt für kulturelle Leistungen (Referent: Herr Grandmontagne, Herr Müller)	
Vorlage: V0451/25	14

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Kultur und Bildung ordnungsgemäß geladen wurde und 13 Mitglieder erschienen sind. Der Ausschuss ist damit beschlussfähig.

Danach gibt der Ausschuss für Kultur und Bildung seine Zustimmung zu vorstehender Tagesordnung.

Öffentliche Sitzung**Bekanntgabe****1 . Aktuelle Information zum Kulturgesehen**

Es liegen keine Informationen zum aktuellen Kulturgesehen vor.

Bekanntgabe**2 . Sachstandsbericht zu Schulbaumaßnahmen**

Anhand einer Powerpoint-Präsentation berichtet Herr Hoffmann über den aktuellen Stand der laufenden Schulbaumaßnahmen.

Stadtrat Dr. Schickel möchte in Erfahrungen bringen, ob die Grundschulen Haunwöhr und Hundszell gemeinsam aus dem Bauteil Nord im Apian-Gymnasium zum Schuljahr 2027/28 ausziehen werden. Weiter möchte er wissen, wann der Gesamtbezug bei der Mittelschule-Südost stattfindet, denn dieser habe ebenso Auswirkungen auf die Gebrüder-Asam-Mittelschule bzw. das Apian-Gymnasium.

Herr Pröbstle bestätigt den Auszug der Grundschulen Haunwöhr und Hundszell zum Schuljahr 2027/28. Die bauliche Fertigstellung der Mittelschule-Südost soll noch in diesem Jahr stattfinden.

Frau Bürkl betont, dass in diesem Schuljahr ein Umzug lediglich bei der Gotthold-Ephraim-Lessing Mittelschule stattfinde. Die geplante Schulsprengeländerung erfolge ab dem Schuljahr 2026/27. Klassen der Gebrüder-Asam-Mittelschule würden dann sukzessive in die neue Mittelschule-Südost übergeführt werden.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll ergänzt, dass ein Umzug noch in diesem Schuljahr nicht ohne Weiteres möglich sei und dies von Seiten der Schuleltern kritisch gesehen wird.

Stadtrat Achhammer erkundigt sich bezüglich der Diskussion um die Einrichtung der Mittelschule-Südost, ob diese zur Zufriedenheit der Kolleginnen und Kollegen bestellt worden sei.

Frau Bürkl bestätigt, dass dies bezüglich alles in Ordnung sei.

Auf Nachfrage von Stadtrat Dr. Schuhmann informiert Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll, dass über die Gymnasien am kommenden Donnerstag in der gemeinsamen Sitzung des Kultur- und Planungsausschusses diskutiert würde.

Der Bericht wird bekanntgegeben.

Bekanntgabe

- 3 . Bedarfsplanung für die ganztägige Förderung von Kindern im Grundschulalter in Ingolstadt gem. § 80 SGB VIII
(Referent: Herr Grandmontagne)
Vorlage: V0329/25**

Frau Schmid weist auf die abgeschnittene Tabelle auf Seite fünf der Beschlussvorlage hin. Die fehlenden Zeilen seien über das Ratsinformationssystem abrufbar.

Stadtrat Reibenspieß bezieht sich auf die enorme Zunahme bei der Entwicklung der Betreuungsziele bei der Grundschule Auf der Schanz. Er möchte wissen, wie diese zu erklären sei.

Frau Schmid erklärt, dass dies auf die steigenden Schülerzahlen zurückzuführen sei. In den vergangenen Jahren habe es hohe Geburtenzahlen gegeben. Die prognostizierte Schülerzahl sei in Zusammenarbeit mit dem Schulverwaltungs- und Statistikkamt entstanden. Die Versorgung der Kinder an den verschiedenen Standorten stelle eine Herausforderung dar.

Auf Nachfrage von Stadtrat Dr. Schickel, ob ausreichend Betreuungspersonal und räumliche Voraussetzungen abbildbar seien, antwortet Frau Schmid, dass dies eine große Herausforderung darstelle. Im Moment sei man gut aufgestellt und man würde alles versuchen, um es zu schaffen.

Stadtrat Reibenspieß erkundigt sich, ob sämtliche Erweiterungs- und Neubaumaßnahmen dem Stadtrat bekannt seien oder ob es noch Planungen gebe, von denen der Stadtrat noch nicht informiert worden sei.

Frau Schmid stellt klar, dass der Grundsatzbeschluss zum Kooperativen Ganztag, den der Stadtrat im Jahr 2020 beschlossen habe, darauf abziele, alle Neubauten mit dem Konzept des Kooperativen Ganztags auszustatten. Aufgrund der finanziellen Schwierigkeiten müsse man jedoch Schritt für Schritt schauen, wie man sich hier weiterentwickle. Geheime Pläne gebe es nicht.

Herr Grandmontagne informiert, dass das Kita-Amt das Thema Betreuungsschlüssel in den Kindertagesstätten gerade vorbereite. Es gebe einen gesetzlichen Mindestbetreuungsschlüssel, der eine Grenze darstelle, damit die staatliche Förderung in den

Kindertagesstätten und Kindergärten abgerufen werden könne. Ingolstadt liege erfreulicherweise über dem Betreuungsschlüssel. Das Thema würde im Herbst nochmal genauer behandelt werden.

Die Vorlage der Verwaltung wird bekanntgegeben.

Beratend

4 . Mittagsverpflegung in städtischen Kindertageseinrichtungen und Schulen in städtischer Sachaufwandsträgerschaft – Ergebnisse der Machbarkeitsstudie (Referent: Herr Grandmontagne) **Vorlage: V0359/25**

Antrag:

1. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie werden bekannt gegeben.
2. Entsprechend dem Ergebnis der Studie und der aktuellen Haushaltslage werden keine weiteren Varianten geprüft. Das Projekt wird somit vorzeitig beendet.
3. Das Verpflegungskonzept der Stadt Ingolstadt und die Stelleninhalte der Qualitätsbeauftragten für die Mittagsverpflegung werden bekanntgegeben.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, notwendige Verbesserungen und Investitionen in den Bestandsverpflegungsküchen sukzessive entsprechend der Haushaltslage in die Wege zu leiten: In 2026 sollen folgende Kita- und Schulstandorte priorisiert werden:
 - Kindertageseinrichtung Bunte Welt
 - Kindertageseinrichtung Grüne Insel
 - Kindertageseinrichtung Lichtblick
 - Grundschule an der Pestalozzistraße
 - Grundschule Ingolstadt-ZucheringDie aufgezeigten technischen wie ggf. auch baulichen Ertüchtigungsmaßnahmen können, soweit diese nicht bereits in d. HH- u. Finanzplanung verbindlich eingestellt sind, erst nach entsprechender finanzieller Deckung, heißt zugeteilten Budgets, Zug um Zug umgesetzt werden.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die Mittagsverpflegung im Rahmen der bestehenden Leistungsvergabe im Kita- bzw. Schuljahr 2026/27 weiterzuführen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ergebnisse der Studie bei der Planung von Verpflegungsküchen in neuen Schulen und Kitas zu berücksichtigen und zukünftig nach dem bewährten System als Aufbereitungsküche mit geringem Frischkostanteil auszugestalten.

Frau Schmid berichtet anhand der Powerpoint-Präsentation über das Thema Mittagsverpflegung in städtischen Kindertageseinrichtungen und Schulen. Das externe Institut, welches die Machbarkeitsstudie durchgeführt habe, wird an der Sitzung des Stadtrates die Studienergebnisse präsentieren. Weiter geht Frau Schmid auf die einzelnen Punkte der Präsentation ein.

Auf Wunsch von Stadträtin Peters tritt Stadtrat Dr. Schuhmann mit der Bitte heran, auf eine heutige Abstimmung zu verzichten.

Die Vorlage der Verwaltung geht zur Beratung zurück in die Fraktionen.

Beratend

- 5 . Erweiterung der Grundschule Ringsee, Geisenfelder Straße 48, 85053 Ingolstadt
- Projektgenehmigung
(Referenten: Herr Hoffmann, Herr Grandmontagne)
Vorlage: V0389/25**

Antrag:

- 1.) Auf Basis der vorliegenden Vorplanung LP 2 wird für die Erweiterung der Grundschule Ringsee an der Geisenfelder Straße 48 die Projektgenehmigung erteilt.
- 2.) Die Kosten für den Erweiterungsbau in Höhe von **5.906.000 €** werden genehmigt. Die erforderlichen Mittel wurden auf den Haushaltsstellen 211000.940060 (GS Ringsee Erweiterung), und 211000.935060 (GS Ringsee, Erstausrüstung) zum Haushalt 2025 ff. angemeldet.
- 3.) Dem Einbau von dezentralen Lüftungsgeräten in den Klassenräumen des Erweiterungsbaus wird zugestimmt. Die dazugehörigen Kosten in Höhe von **89.000 €** sind in Pkt. 2 nicht enthalten und werden zusätzlich genehmigt. Die erforderlichen Mittel wurden auf der Haushaltsstelle 211000.940060 (GS Ringsee, Erweiterung) zum Haushalt 2025 ff. angemeldet.
- 4.) Der Installation der Waschbecken in den Klassenzimmern wird zugestimmt. Die dazugehörigen Kosten in Höhe von **15.000 €** sind in Pkt. 2 nicht enthalten und werden zusätzlich genehmigt. Die erforderlichen Mittel wurden auf der Haushaltsstelle 211000.940060 (GS Ringsee, Erweiterung) zum Haushalt 2025 ff. angemeldet.
- 5.) Der Installation einer PV Anlage mit einer Gesamtleistung von 21,6 kWp und einem 10 kWh Speicher wird zugestimmt. Die dazugehörigen Kosten in Höhe von **53.000 €** sind in Pkt. 2 nicht enthalten und werden zusätzlich genehmigt. Die erforderlichen Mittel werden auf der Haushaltsstelle 871000.935093 (GS Ringsee, PV-Anlage) bereitgestellt.
- 6.) Der Errichtung eines begrünten Retentionsdachs wird zugestimmt. Die dazugehörigen Kosten im Gegensatz zu einem Foliendach in Höhe von ca. **10.000 €** sind in Pkt. 2 nicht enthalten und werden zusätzlich genehmigt. Die erforderlichen Mittel werden auf der Haushaltsstelle 211000.940060 (GS Ringsee Erweiterung) bereitgestellt. Eine mögliche Förderung für das Retentionsdach ist noch in Prüfung.
- 7.) Dem Vorrichten der Anschlüsse für die Möglichkeit einer späteren Nachrüstung der reinen Ausgabeküche zu einer Aufbereitungsküche (Cook & Freeze/ Chill mit frischer Zubereitung von Salaten/ Desserts) wird zugestimmt. Die dazugehörigen Kosten von **5.000 €** sind in Pkt. 2 nicht enthalten und werden zusätzlich genehmigt. Die erforderlichen Mittel werden auf der Haushaltsstelle 211000.940060 (GS Ringsee Erweiterung) bereitgestellt.
- 8.) Die Freigabe der weiteren Planungsstufen wird genehmigt.

Herr Hoffmann informiert, dass die Erweiterung sechs Klassenzimmer in zwei Obergeschossen sowie einen neuen Speiseversorgungsbereich vorsehe. Der Neubau

bestehe im Erdgeschoss aus einer Massivbauweise. Auf eine Unterkellerung habe man aus Kostengründen verzichtet. Da der Baugrund in Ingolstadt bekanntlich oftmals nicht ganz optimal ist, würden auch hier tiefe Bohrpfähle benötigt, was eben zur Folge hat, dass das Erdgeschoss in Massivbauweise errichtet werden muss. Die beiden Obergeschosse würden in Holzbauweise errichtet werden. Herr Hoffmann erklärt, dass bei dieser Beschlussvorlage erstmals das System ein bisschen geändert wurde. Es würde keine reine Gesamtsumme vorgelegt werden, sondern man habe in Zeiten der Haushaltskonsolidierung bewusst mehrere einzelne Beschlusspunkte erarbeitet. Diese stellten zum einen den Grundpreis der Maßnahme dar, zum anderen Kosten für Teilmaßnahmen, über deren Notwendigkeit, Umsetzung und Kosten separat entschieden werden könne. Er schlägt vor, über diese Punkte separat abzustimmen, sodass die Möglichkeit bestehe, sich darüber klar zu werden, welche Punkte Sinn machen. Weiter informiert Herr Hoffmann über die Prüfung eines reinen Massivbaus. Dieser sei tatsächlich günstiger, aber energetisch von der Gesamt-Ökobilanz her ungünstiger. Beim Holzbau werde der Betrag über die Förderung sozusagen egalisiert. De facto wird es nicht teuer, betont Herr Hoffmann.

Frau Schmid ergänzt, dass die Stadt Ingolstadt selbst bei der Mittagsbetreuung an diesem Standort nicht zuständig sei, sondern ein freier Träger, die Kolpingakademie mit der Schule im offenen Ganztage. Diese würden ihr Essen mit Warmanlieferung bekommen, was bedeutet, dass der Küchenaspekt, wie vorgeschlagen, mitaufgenommen würde. Würde die Stadt Ingolstadt als Träger mal reingehen, wäre das sehr gut, da man dann schon dieses System hätte. Im Moment sei dies nicht notwendig, aber für die Zukunft könnte man sich einen nachträglichen Einbau sparen.

Stadtrat Köhler möchte in Erfahrung bringen, ob die Kosten für einen nachträglichen Einbau einer Vollküche doppelt so hoch wären.

Herr Hoffmann antwortet, dass diese Annahme nicht korrekt wäre, da das Planungsteam gewisse Vorrüstungen bereits getroffen habe.

Stadträtin Krumwiede möchte wissen, weshalb es die dezentralen Lüftungsgeräte braucht. Diese würden bestimmt einen Grund haben. Trotzdem könnte man meinen, dass man in der Post-Corona-Zeit mit Stoßlüften bestens zurechtkomme.

Herr Pröbstle antwortet, dass das Thema Lüftung einen hohen Stellenwert habe. Mit der dezentralen Lüftung minimiere man die Kosten gegenüber einer zentralen Lösung. Da die Schule einer Straße zugewandt ist und der Verkehr nicht allzu schlimm

sei, würde man durchaus die Fenster auch mal öffnen können. Die dezentrale Lüftungsanlage wäre hier allerdings eine gute Option.

Stadtrat Achhammer möchte wissen, was ein dezentrales Lüftungsgerät genau bedeutet. Weiter setzt er sich dafür ein, dass in Grundschulen, auch in der Grundschule Haunwöhr, Waschbecken in den Klassenzimmern berücksichtigt werden. Was die PV-Anlage und den Speicher angehe, müsse man seiner Ansicht nach auf alle Fälle mitgehen. In der CSU-Stadtratsfraktion sei die Art des Daches kontrovers diskutiert worden. Stadtrat Achhammer persönlich würde ein Gründach begrüßen. An den Finanzreferenten gewandt, möchte er in Erfahrung bringen, ob die zusätzlichen Kosten von 172.000 Euro durch eine Gegenfinanzierung vom Referat gedeckt seien. Wenn dies der Fall sei, würde er mit gutem Gewissen zustimmen können.

Stadtrat Dr. Schuhmann begrüßt die Verwaltungsvorlage, insbesondere wegen der Diskussion um die Waschbeckenminimierung und eines Verzichts auf die Retensions-Begrünung. In Anbetracht der anderen Verwaltungsvorlagen und der Preissteigerungen, würde er die Integration einer Art Risikoplanung zur Rückstellung befürworten.

Herr Fleckinger antwortet, dass die Kämmerei in der Vorlage ausgeführt hat, dass durch entsprechende zusätzliche Fördermittel dieser Mehraufwand gedeckt werden könne.

Herr Pröbstle ergänzt, dass man ursprünglich bei der Programmgenehmigung für das Gesamtprojekt bei einer Fördereinnahme von 1,5 Mio. Euro lag. Inzwischen sei man bei über 3,4 Mio. Euro Fördereinnahmen, die man generieren könne. Die Mehrausgaben wären über diese zusätzlichen Fördereinnahmen gedeckt.

Herr Hoffmann pflichtet Stadtrat Achhammer bei, was ein Gründach angehe. Dies sei auch seine Empfehlung an die Stadtratsmitglieder. Im Sinne des sommerlichen Hitzeschutzes sei dieser Aspekt enorm wichtig. Ein Foliendach gehe seiner Ansicht nach schneller kaputt und die Kiesschüttung heize sich zusätzlich zum Beton unten drunter als Speichermasse auf. Durch ein Gründach würde das Bauteil darunter eine Kühlung bekommen. Was die dezentralen Lüftungsgeräte betreffe, erklärt Herr Hoffmann, dass pro Raum ein Aggregat zur Verfügung stehe, was Kühlung in den Raum bringe. Auf dem Dach gäbe es einen Rückkühler oder alternativ irgendwo an der Fassade. Diese würden zwar keinen Schönheitspreis gewinnen, aber seien günstiger als eine zentrale Kühlungsanlage.

Herr Pröbstle verdeutlicht, dass mit den dezentralen Lüftungsgeräten lediglich gelüftet werde. Nur über die Lüftung in der Nacht würde gekühlt. Ein Vorteil ist, dass in jedem Raum ein Lüftungsgerät vorhanden sei. So würden die Lehrkräfte selbst, zusätzlich zu einer zentralen Steuerung auch die Möglichkeit haben, das Gerät selbst zu bedienen. Der Luftaustausch soll vor allem während der Nacht stattfinden, was aber zentral gesteuert wird, betont Herr Pröbstle.

Stadtrat Dr. Schickel bekräftigt, dass Waschbecken in Klassenzimmern nach wie vor dringend erforderlich seien. Weiter vertritt er die Meinung, dass den Kindern beigebracht werden sollte, dass das Essen nicht nur aus der Tiefkühltruhe komme, sondern tatsächlich zubereitet werden müsse. Insofern sei eine entsprechende Küchenausstattung, die dann auch nachgerüstet werden könne, unabdingbar. Ebenso sei seiner Meinung nach eine Lüftungsanlage zwingend notwendig, gerade im Hinblick auf die künftige Herausforderung durch den Klimawandel.

Stadträtin Leininger begrüßt die Verwaltungsvorlage, insbesondere wie z.B. die Vorteile einer Holzbauweise hervorgehoben werden. Sie würde sich wünschen, dass solche Aspekte immer mehr in Vorlagen aufgezeigt würden. Weiter pflichtet sie Stadtrat Dr. Schickel bei, was die Lüftung in den Schulen angehe.

An Stadtrat Dr. Schuhmann gerichtet, antwortet Herr Hoffmann, dass in den 195.000 Euro der Verwaltungsvorlage bereits ein Risikopuffer aufgenommen sei. Hierzu gebe es auch eine Tabelle, in der die Risiken und die Eintrittswahrscheinlichkeit grob aufgeführt seien.

Stadtrat Reibenspieß wirft das Thema Möblierung auf. Seinen Kenntnissen zufolge seien bis auf eine Grundschule alle anderen sehr unglücklich mit den rollbaren Stühlen und Tischen. Diese Art von Möblierung sei nicht erwünscht. Zudem sei diese Möblierung wesentlich teurer als die übliche Ausstattung. Im Zuge der Haushaltskonsolidierung fragt sich Stadtrat Reibenspieß, ob es nicht angebracht wäre, auf die Schulleitungen zuzugehen und ihnen das günstigere und praktischere Mobiliar anzubieten.

Herr Grandmontagne antwortet, dass die Frage der Möbelausstattung im Rahmen der Konsolidierung diskutiert würde. Die Tatsache, dass die Möbel teurer seien, könne er bestätigen. Auf den zweiten Blick stimme dies jedoch auch wieder nicht, da sich der höhere Preis durch die flexible Anwendung amortisiere. Es bewahre davor, dass für verschiedene Körpergrößen gekauft werden müssen. Mit dieser

Grundausstattung würden die Klassen über die Jahrgänge flexibel ausgestattet werden können, sodass man sich eine Einzelausstattung spare.

Frau Bürkl ergänzt, dass diese mobile Ausstattung extrem wichtig für die multifunktionale Nutzung der Räume sei, und zwar vormittags für den Unterricht und nachmittags für den Ganzttag auch als für die Betreuungsräume. Diese Möbel würden verschoben werden können und man würde die Klassenräume somit auch für die Betreuung nutzen können. Dies sei ein ganz wesentlicher Faktor für das multifunktionale Nutzungskonzept an den Schulen. Frau Bürkl informiert über eine kürzlich stattgefundene gesonderte Veranstaltung mit den einzelnen Schulleitungen bezüglich der Möblierung. Das Ergebnis war, dass die Schulen auf diesem Wege mitgehen.

Herr Grandmontagne möchte in Erfahrungen bringen, weshalb die Schulleitungen unglücklich seien.

Stadtrat Reibenspieß antwortet, dass die verstellbaren Stühle nicht stapelbar seien. Die Flexibilität, die angesprochen worden sei, sei von Schule zu Schule unterschiedlich. In Mailing habe man ein eigenes Gebäude für die Mittagsverpflegung, was andere Schulen nicht haben. Dass alle Schulen über einen Kamm gescherret würden, war ein Argument von den Schulleitungen, was Stadtrat Reibenspieß aus den Gesprächen mitgenommen habe. Die Schulen würden individuelle Ansprüche haben und wollen nicht alle das Gleiche aufgedrückt bekommen.

Frau Bürkl betont, dass man an den Schulen einen gewissen Standard benötige. Diese multifunktionale Nutzung funktioniere nur mit dieser mobilen Ausstattung. Aus diesem Grund habe man erneut ein Gespräch mit den Schulleitungen geführt und das Konzept vorgestellt. Es sei sogar eine Firma dabei gewesen, welche die vorhandenen Bedenken ausräumen haben könne. Das Ergebnis sei die finale Feststellung, dass man diesen Weg gemeinsam gehe.

Stadtrat Lipp möchte wissen, ob auch der Einbau von Klimaanlage geprüft worden sei. Im Sommer sei viel Solarstrom vorhanden. Dieser könnte auf diesem Wege eine sinnvolle Verwendung finden. Im Winter würde ebenfalls so geheizt werden können, wenn die Sonne scheint.

Die Verwendung von Klimaanlage sei geprüft worden, antwortet Herr Hoffmann. Allerdings sei diese Variante leider nicht die allergünstigste in Zeiten der Haushaltskonsolidierung.

Stadträtin Mader erkundigt sich, ob die Lautstärke der Lüftungsgeräte so leise sei, dass sie auch während des Unterrichts eingeschaltet werden können.

Herr Hoffmann meint, dass die Lüftungsgeräte im Vergleich zu den Lüftungsgeräten, die während Corona im Einsatz waren, nicht lauter seien. Nach den reinen Dezibel-Vorschriften seien sie leise genug, um sie auch während des Unterrichts nutzen zu können.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Beratend

- 6 . Rückbau der bestehenden Emmi-Böck-Schule, Auf der Schanz 41
 und Neubau der Beruflichen Oberschule (FOS/BOS)
 - 1. Ergänzende Projektgenehmigung
 (Referenten: Herr Hoffmann, Herr Grandmontagne)
 Vorlage: V0398/25**

Antrag:

- 1.) Für das Bauvorhaben Rückbau der bestehenden Emmi-Böck-Schule, Auf der Schanz 41 und Neubau der Beruflichen Oberschule (FOS/BOS) wird eine 1. Ergänzende Projektgenehmigung erteilt.
- 2.) Die bisher genehmigten Kosten in Höhe von 38,980 Mio. € brutto werden um zusätzliche Kosten in Höhe von 5,403 Mio. € brutto ergänzt und genehmigt. Die Gesamtkosten betragen somit voraussichtlich 44,383 Mio. € brutto.
- 3.) Die in 2025 benötigten Mittel in Höhe von 4,469 Mio. € stehen in Höhe von 2,300 Mio. € (HS) und 0,508 Mio. € (HR) auf der Haushaltsstelle 260000.940100 (Neubau FOS/BOS mit Tiefgarage) zur Verfügung. Die zusätzlich benötigten Mittel im Jahr 2025 in Höhe von 1,661 Mio. € werden über den DR 20 (BM Schulen) gedeckt.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll berichtet, dass die Kosten aufgrund von Komplikationen teurer geworden sind. Dies sei unerfreulich, aber könne man das im Moment nicht ändern, da es sich hier um einen zurückliegenden Vorgang handelt.

Herr Hoffmann informiert, dass der Puffer von 10 Prozent durch die Insolvenz des Trockenbauers überschritten wurde.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll verdeutlicht, dass die Projektgenehmigung bereits sechs Jahre alt sei.

Herr Hoffmann erklärt, dass die Verwaltung sich bemühe, den entstandenen Schaden durch Bauzeitverlängerungsforderungen anderer Gewerke im Rahmen der Insolvenzabwicklung geltend zu machen. Im Moment liege der Fall im Rechtsamt. Ob man von einer insolvenzgegangenen Firma noch irgendetwas holen kann, wisse er nicht.

Herr Fleckinger meint, dass gegebenenfalls ein Teil der Forderungen noch eingezogen werden könne.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Beratend

- 7 . Sanierung und Erweiterung der bestehenden Filialschule Hundszell in der Kirchstraße 36 in Ingolstadt - Hundszell**
1. erg. Projektgenehmigung
(Referenten: Herr Hoffmann, Herr Grandmontagne)
Vorlage: V0395/25

Antrag:

1. Den baulichen Vorschlägen zur Kostenreduzierung (insgesamt 1,134 Mio. €) wird zugestimmt:
 - 1.1. Verzicht auf zentrale Be- und Entlüftungsanlagen gemäß Pkt. 3.1 im Text, Einsparung 310.000 €
 - 1.2. Verzicht auf Unterkellerung des Erweiterungsneubaus, gemäß Pkt. 3.2 im Text, Einsparung 656.000 €
 - 1.3. Verzicht auf Aufzug, gemäß Pkt. 3.3 im Text, Einsparung 100.000 € - vorbehaltlich einer Förderunschädlichkeit
 - 1.4. Verzicht auf Klassenzimmerwaschbecken, gemäß Pkt. 3.4 im Text, Einsparung 22.000 €
 - 1.5. Einsparungen in der Ausstattung der Außenanlagen, gemäß Pkt. 3.5 im Text, Einsparung 46.500 €
2. Die für die Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen der Filialschule Hundszell bisher genehmigten Kosten in Höhe von 8,737 Millionen Euro werden um zusätzliche Kosten in Höhe von 463.000 Euro auf 9,2 Millionen Euro erhöht und genehmigt. Die erforderlichen Mittel werden auf der Haushaltstelle 1.211000.940189 GS Hundszell: Sanierung und Erweiterung bereitgestellt. Die Höhe der Mehrkosten steht in Abhängigkeit der in Punkt 1 zu beschließenden Einsparungen. Ein Verzicht auf Einsparung führt zur Erhöhung der Mehrkosten.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll möchte in Erfahrung bringen, weshalb die Waschbecken hier 22.000 Euro kosten.

Herr Pröbstle erklärt, dass die Kosten für Waschbecken nicht nur die Becken an sich umfassen, sondern hier auch das Leitungsnetz für die Wasserversorgung und das Abwasser berücksichtigt werden müsse. Der Unterschied zu Ringsee liege im Fehlen der dezentralen Lüftungsgeräte. Für diese würden in Ringsee ohnehin bereits Abwasserleitungen benötigt. So wären die Kosten dort für die Waschbecken günstiger.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll steht dem Vorschlag, auf Handwaschbecken zu verzichten, skeptisch gegenüber.

Stadträtin Leininger teilt die Skepsis von Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Im Sinne der Gleichbehandlung könne man nicht sagen, dass man hier auf Waschbecken verzichte, auch wenn diese teurer sind. Die pädagogischen Gegebenheiten seien überall gleich.

Stadtrat Reibenspieß unterstützt die Aussage von Stadträtin Leininger.

Stadträtin Mader teilt die Meinung ihrer Vorredner.

Herr Hoffmann informiert, dass er den Antrag vor der Stadtratsbehandlung insoweit abändere, dass dieser mit dem Votum der Ausschüsse übereinstimme. Weiter erklärt er, dass Hundszell dazu neige, immer teurer zu werden. Vor diesem Hintergrund sei der Vorschlag mit den Waschbecken entstanden.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll vertritt die Meinung, dass das Streichen der Waschbecken nicht vertretbar sei, auch wenn es sich hier um einen schwierigen Bau handle.

Herr Pröbstle weist darauf hin, dass im Rahmen der Grundschule Unsernherrn ein Beschluss gefasst wurde, dass dort keine Waschbecken aufgrund Sparmaßnahmen gebaut werden sollen.

Stadtrat Reibenspieß sagt, er könne sich nicht vorstellen, dass er jemals für so einen Beschluss gestimmt habe.

Mit allen Stimmen befürwortet, mit der Maßgabe eines Entfalls des Verzichts der Waschbecken.

Beratend

- 8 . Haushaltskonsolidierung freiwilliger Aufgaben; hier:
 Änderung der Geschäftsordnung für den Kulturbeirat der Stadt Ingolstadt
 Änderung der Richtlinien über die Verleihung von Preisen der Stadt Ingolstadt
 für kulturelle Leistungen
 (Referent: Herr Grandmontagne, Herr Müller)
 Vorlage: V0451/25**

Antrag:

1. Der Stadtrat beschließt die Änderung der Geschäftsordnung für den Kulturbeirat der Stadt Ingolstadt vom 14. Dezember 2021 entsprechend der Anlage 1a) dieser Beschlussvorlage, sowie die Änderung der Richtlinien über die Verleihung von Preisen der Stadt Ingolstadt für kulturelle Leistungen vom 12. Dezember 1996, entsprechend der Anlage 1b) dieser Beschlussvorlage.

oder

2. Der Stadtrat beschließt die Änderung der Geschäftsordnung für den Kulturbeirat der Stadt Ingolstadt vom 14. Dezember 2021 entsprechend der Anlage 2a) dieser Beschlussvorlage, sowie die Änderung der Richtlinien über die Verleihung von Preisen der Stadt Ingolstadt für kulturelle Leistungen vom 12. Dezember 1996 entsprechend der Anlage 2b) dieser Beschlussvorlage.

Herr Grandmontagne stellt klar, dass die Beschlussvorlage Konsequenz aus der letzten Stadtratssitzung sei, im Zuge derer die Kulturpreise nur noch zweijährig zu vergeben. Zur Entscheidung würden zwei Varianten vorliegen. Rechnerisch sei die zweite Variante etwas weniger an Einsparungen.

Stadtrat Lipp erkundigt sich, ob neben der Turnus-Änderung auch angedacht worden sei, die Preishöhe zu ändern. So könnte man den Turnus bis 2021 beibehalten.

Herr Grandmontagne antwortet, dass dieser Vorschlag bisher nicht zur Debatte stünde, weil die Preise relativ gering dotiert seien.

Stadtrat Reibenspieß schlägt vor, die Preisgelder zu erhöhen, wenn man auf zwei Jahre geht.

An dieser Stelle würde Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll die Preise nicht erhöhen. Sonst habe man keine Einsparung.

Stadtrat Dr. Schickel schlägt vor, das Thema zur Beratung zurück in die Fraktionen zu geben.

Der Antrag der Verwaltung geht zur Beratung zurück in die Fraktionen.

-Hiermit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet.-